

# Platz abbeck

Nr. 2, 24. April 2025

**Die Linke**  
Fraktion im Kölner Rat

**Die Linke – Fraktion im Rat der Stadt Köln**  
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln  
Tel. 0221-221-278 40, E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de  
www.linksfraktion-koeln.de

## Die LEG lässt Wohnungen verkommen und leer stehen

In Köln verlassen vermehrt junge Familien unsere Stadt. Sie tun das nicht freiwillig, sondern weil sie keine bezahlbare Wohnung finden.

Eine Familie mit zwei Kindern und einem durchschnittlichen monatlichen Bruttoeinkommen zwischen 4.000 und 5.000 Euro kann sich in Köln keine 90 Quadratmeter mehr leisten. Eine solche Wohnung ist nicht unter 1600 Euro kalt zu haben, warm für 2000 Euro. Das geht nicht mit zwei Kindern und Durchschnittseinkommen.

Neben Familien geht es fast allen Menschen mit mittleren und kleinen Einkommen so.

Alle Diskussionen im Rat über die Wohnungsnot in Köln haben nichts gebracht. Überwunden ist sie nicht. Viele gute Maßnahmen wie das Kooperative Baulandmodell, die Erbbaureglung, die Wohnraumschutzsatzung und die soziale Erhaltungssatzung wurden beschlossen. Sie sind alle richtig, haben aber das Problem nicht gelöst.

Denn: Auf die privaten Investoren ist kein Verlass. Sie bauen nicht, wenn sie nicht ordentlich Rendite machen. Das ist momentan nicht gegeben. Die Zinsen, die hohen Baukosten und der teure Grund, das alles schmälert die Gewinne.

Wenn Köln eine lebenswerte Stadt für alle bleiben soll, dann müssen die Stadt und ihre Tochterfirmen das Bauen von preiswerten Mietwohnungen selbst in die Hand nehmen. Sonst beraubt sich Köln seiner Zukunft.

Die CDU-geführte Landesregierung hat in ihrem Privatisierungswahn nach der Jahrtausendwende die landeseigene Wohnungsgesell-

## Ost-West-Tunnel

# Katastrophale Ratsentscheidung – aber nicht das Ende des Kampfes!

Zu den drei Tunnelparteien CDU, FDP und SPD hat sich bei der Ratsentscheidung auch noch die AfD gesellt. Warum sollte sie auch für die Verkehrswende eintreten statt für ein Großprojekt der Bau- und Auto-lobby?

Beschlossen worden ist vollkommen Widersprüchliches. Im ersten Satz wurde die kürzere Tunnelvariante der Verwaltung beschlossen. Im zweiten Satz wird gesagt: eigentlich wollen wir etwas ganz anderes, nämlich einen viel längeren Megatunnel. Dafür wurden etliche Änderungen als Prüfauftrag an die Verwaltung in Abstimmung mit dem Fördermittelgeber beschlossen. Diese dürften keinen Bestand haben und nicht förderfähig sein. Darauf weist auch das Schreiben des Verkehrsministeriums kurz vor der Ratsentscheidung hin.

Zu keinem Zeitpunkt haben die Tunnelbefürworter mit belastbaren Zahlen und Fakten argumentiert. Verwiesen wird gern auf andere „Metropolen“, denen Köln nahekommen müsse. Köln hat aber kein geschlossenes Metrosystem wie Paris, Madrid, Mailand, sondern eine Unterpflasterbahn mit nur 16 Prozent des 250-km-Liniennetzes unter der Erde.

Die Stadt der Zukunft ist eine Stadt der kurzen Wege, mit hoher Aufenthaltsqualität für Zufußgehende. Modern ist, wenn Bus & Bahn pünktlich kommen, zuverlässig sind und in dichter Taktfolge, so dass es nicht schlimm ist, wenn man eine verpasst und sich noch hinein quetschen muss, wenn sie voll ist.

Modern sind barrierefreie Haltestellen, sind funktionierende Aufzüge und Rolltreppen. Und nicht



Protest vor der Ratssitzung am 3. April: der Fraktionssprecher und Oberbürgermeisterkandidat der Linken Heiner Kockerbeck redet bei einer Kundgebung des Bündnis Verkehrswende



[www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln](https://www.facebook.com/Linksfraktion.Koeln) +++ [www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

## → LEG ...

schaft LEG an private Investoren verkauft. In Höhenhaus hat die LEG die Siedlung am Schlebuscher Weg heruntergewirtschaftet. Nun möchte sie kein Geld in die Hand nehmen, um die größtenteils leerstehende Siedlung wieder in Ordnung zu bringen.

Die Linke möchte, dass die Stadt gemeinsam mit der städtischen Wohnungsgesellschaft GAG aktiv wird. Die GAG soll das Areal samt Aufbauten kaufen und neu entwickeln.

Dabei besteht die Möglichkeit, auf dem lose bebauten Areal die Wohnfläche zu verdoppeln.

Vor dem Abriss und dem Neubau von guten preiswerten Wohnungen soll geprüft werden, wie gut die Substanz ist. Die Linke will, wo immer das möglich ist, Sanierung anstelle eines Neubaus. Diese Vorgehensweise hat einen wesentlich geringeren ökologischen Fußabdruck. Die GAG hat an vielen Orten bewiesen, dass sie das sehr gut kann. Zuletzt hat sie ihre hohe Kompetenz darin bei der Modernisierung

und Nachverdichtung der Kannebäckersiedlung bewiesen.

Wir als Stadt müssen die GAG finanziell fördern und preiswerten Wohnraum von ihr fordern. Die Siedlung am Schlebuscher Weg in Höhenhaus kann einen konkreten Beitrag zur Überwindung der Wohnungsnot in Köln leisten.

Im Rat wurde kein Kauf durch die GAG, aber eine konsequente Anwendung der Strafen für Leerstand beschlossen.

Güldane Tokyürek,  
Michael Weisenstein

→ die erbärmliche Betriebsqualität der KVB, die selbst nach dreifach ausgedünntem Fahrplan 120.000 Ausfälle der Stadtbahn verzeichnet.

Die unterirdischen Strecken in Nippes, Ehrenfeld oder Kalk sowie auf den Ringen, welche die Tunnelfans gern heranziehen, waren ebenfalls nicht alternativlos und seinerzeit hoch umstritten. Sie haben zu mehr Durchgangsverkehren geführt, und während des Baus und danach insbesondere inhabergeführten Geschäften oft den Garaus gemacht. Modern sind autofreie Citys und Stadtteilzentren.

### Miserable KVB Betriebsqualität

Die miserable Performance der KVB – für die wohlgerne das Topmanagement verantwortlich ist, nicht die Fahrer\*innen – führt dazu, dass immer mehr Pendler\*innen wieder ins Auto steigen. Statt sich mit dieser Realität für Pendelnde zu befassen fantasiert man über „Metrolinien“. Wenn alle Vororte endlich Schienenanschluss bekämen, könnte dieser auch von Pendler\*innen aus dem Umland per Umstieg oder per Park & Ride genutzt werden. Allerdings nur, wenn diese auch regelmäßig angefahren werden und nicht wie der P&R-Platz in Weiden-West nur mit jeder zweiten Bahn.

Aber gerade diese sinnvollen Ausbauprojekte, die Querverbindungen schaffen, Lücken schließen, Veedel anbinden – genau diese stehen aus Spargründen auf der Streichliste des KVB-Vorstands, die letztes Jahr dem Aufsichtsrat vorgelegt wurde. Nur am Tunnel will man festhalten.

Zu keinem Zeitpunkt haben KVB-Vorstand und die Tunnelfraktionen

## Ein Rückschlag für die Verkehrswende

Der Ratsbeschluss für einen Tunnel auf der Ost-West-Achse räumt einem milliardenschweren Prestigeprojekt in der Innenstadt Priorität ein. Er wird, falls er umgesetzt wird, auf lange Jahre die Planungskapazitäten und Gelder der Stadt für den ÖPNV-Ausbau aufsaugen. Verkehrswende wäre etwas anderes: Gute Verbindungen aller Stadtteile mit dem Zentrum und untereinander hätten dann Vorrang. Das Tunnelbündnis von CDU, SPD, FDP und der Oberbürgermeisterin beruft sich auf den Gesamtverkehrsplan von 1956, als die autogerechte Stadt das Leitbild war. Das ist pure konservative Nostalgie.

Zudem fällt der Beschluss in die schwerste Haushaltskrise Kölns seit Jahrzehnten. Für die kommenden Jahre drohen weitere Einsparungen. Nachdem die Nord-Süd-U-Bahn gebaut war, musste die Stadt mehr als eine Milliarde Euro selbst tragen. Wird der Tunnelbau zur Blaupause für ein neues Ratsbündnis, das ökologische Konterrevolution mit sozialen und kulturellen Kürzungen verbindet?

Skandalös war im übrigen, dass das Tunnelbündnis bis zur Ratssitzung stillschweigend die AfD als Mehrheitsbeschaffer in Kauf nahm. Nur weil vier Ratsmitglieder bei Grünen und Volt dann im Rat nicht anwesend sein konnten, wurden die vier extrem rechten Stimmen nicht für die Mehrheit benötigt. Werden in den kommenden harten Auseinandersetzungen um Ressourcen weitere demokratische Standards fallen?

Heiner Kockerbeck

das gesamte Netz im Blick, dessen Ausbau Entlastung für die Innenstadt schaffen würde. Es gab immer nur den Tunnelblick auf die City.

### Minimaler Nutzen

Die Tunnelfans benennen den faktischen Nutzen eines Tunnels nicht, weil er so minimal ist.

Ausgangspunkt war die Kapazitätserhöhung auf der Ost-West-Achse. Diese geschieht nur durch die längeren 90m-Bahnen, und nur auf der Linie 1. Der Tunnel fügt dem kein Quäntchen hinzu.

Die Fahrtzeitverkürzung wird offiziell mit 3-4 Minuten angegeben. Aber dies gilt nur für durchfahrende Fahrgäste. Der Ein-, Aus- und Um-

stieg in bis zu 4 Tiefebenen frisst den minimalen Zeitvorteil wieder auf.

Die angeblich größere Störungsfreiheit des KVB-Betriebs ist ebenfalls nicht in Sicht. Da über 80 % des Netzes weiterhin oberirdisch liegen, wirken sich Störungen auch im Tunnel aus.

Die City soll stadträumlich schöner werden. Doch was zwischen Heumarkt und Rudolfplatz stört, ist nicht die Straßenbahn, sondern der Durchgangsverkehr und das Parken im öffentlichen Raum statt in Parkhäusern.

### Fördergelder wofür?

Für diesen minimalen Nutzen sollen  
**Fortsetzung Seite 7** →

## Kalk

### Kein Hochhaus für Kalk

Die Investoren der Köln-Arcaden in Kalk planen aus ihrem Grundstück mehr Rendite zu holen, als es bisher gelingt. Beim Bau der Arcaden und der beiden Parkhaushälften war die Option vorhanden, die Shopping-Mall eventuell in die Parkhäuser zu vergrößern und diese dafür aufzustocken. Heute allerdings kämpft man damit, die bestehenden Flächen gewinnbringend oder zumindest kostendeckend zu vermarkten.

So kam man auf die Idee, eines der beiden Parkhäuser abzureißen und dort Häuser zu bauen. Ein möglicher sogenannter Hochpunkt mit rund 15 Stockwerken war hierfür direkt am Bürgerpark vorgesehen. Es soll eine oberirdische Geschossfläche von zusätzlichen 40.000 bis 45.000 qm entstehen und vermarktet werden.

Wohnungen sind natürlich sinnvoller als Parkplätze. Aber wer sich die Projektbeschreibung durchliest, stellt fest, dass es hier gar nicht darum geht, Parkplätze durch ein bewohntes Quartier zu ersetzen. Denn das Parkhaus auf dem geplanten Baufeld soll nur teilweise zurückgebaut und das andere dafür aufgestockt werden. Aus den bestehenden 1.800 Stellplätzen sollen knapp 1.600 werden. Dafür soll so nachverdichtet und in die Höhe gebaut werden, dass 20.700 qm für Büroflächen und nur 14.800 qm für Wohnflächen in verschiedenen Varianten entstehen.

Hiervon wären lediglich rund 32 Wohnungen oder 10 Prozent der Wohnflächen für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen. Das ist unterm Strich fast nix. Auch bei den Entwürfen der Planungswerkstatt im März kamen zwar ansprechendere Vorschläge seitens der teilnehmenden Architekturbüros, aber ein Mehrwert für den Stadtteil Kalk ist an keiner Stelle zu erkennen. Er dürfte auch nicht im Sinne des Investors sein. Denn dieser lässt in Chorweiler seit Jahren Wohnungen verrotten und seine Mieterinnen im Regen stehen.

HP Fischer

## Mülheim

### Lange Geschichte um Toiletten auf dem Wiener Platz

Am 7.12.2020 beschloss die Bezirksvertretung Mülheim den Bau und Betrieb von öffentlichen Toiletten und als Sofortmaßnahme einen Toilettenwagen. Letzterer wurde nie aufgestellt. Stattdessen wurden Sternurinale angeboten, die von Frauen aber nicht genutzt werden können. Es war die Zeit von Corona. Das Bezirksrathaus war für die Öffentlichkeit geschlossen und damit auch der Zugang zu den dortigen WC's. Es gingen Beschwerden ein, weil der Mülheimer Stadtgarten durch die Bedürfnisse notleidender Menschen immer stärker verunreinigt wurde.

Der Wiener Platz als zentraler Platz Mülheims, der täglich von ca. 70.000 Menschen begangen wird, benötigte dringend eine Lösung. Die Linke, Grüne, Die Partei und Initiativen Mülheims luden daher im März 2021 zu einer Kundgebung ein, um auf die skandalöse Situation hinzuweisen. Zwei Monate später durften die Toiletten-Container von Zochs' Biergarten mitbenutzt werden. Danach dauerte es noch fast vier Jahre, bis nun endlich eine öffentliche Toilettenanlage zur Verfügung steht.

Diese wird aber zu Recht kritisiert. Die Türen der zwei Toiletten weisen oben und unten Aussparungen aus. Sie bieten Einblicke, wenn man direkt davor steht oder aber aus einer höheren Etage der umliegenden Häuser in Richtung der Toiletten schaut.

Eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung versicherte, dass sich schon um Abhilfe gekümmert wird. Des Weiteren gab sie eine Erklärung für die lange Zeit bis zur Umsetzung der Toilettenanlage an. Der Grund sei eine nicht eingezeichnete Gasleitung gewesen, weshalb die Toilettenanlage viereinhalb Meter verlagert werden musste. Wann dies bemerkt wurde, verriet sie nicht und niemand traute sich danach zu fragen. Es wäre wahrscheinlich zu peinlich gewesen.

Die „unendliche Geschichte“ dauert also noch an und Toilettengänge sind vorerst den besonders

## Ehrenfeld

### Wo ist der zweckentfremdete Wohnraum?

Wohnraum ist knapp in Köln. Wenn Wohnungen anders genutzt werden, muss diese Nutzung beantragt werden. In der zuständigen Abteilung im Amt für Wohnungswesen sind zwölf Stellen vorgesehen, davon waren lange vier nicht besetzt. Derzeit ist noch eine offen. Deshalb erklärt das Amt: „dass die Prüfung von neuen Verdachtsmeldungen wegen der Zweckentfremdung von Wohnraum bis auf Weiteres zurückgestellt werden muss, um die weitere Bearbeitung insbesondere von Wohnungsaufsichtsfällen, zweckentfremdungsrechtlicher Genehmigungsverfahren und laufender Wiederzuführungsverfahren sicherzustellen.“

Die Zweckentfremdung von Wohnraum – sei es für gewerbliche Zwecke wie Büronutzung oder als Praxis – oder als Ferienwohnung oder durch Leerstand ist nach der für Köln geltenden Zweckentfremdungssatzung nicht erlaubt. In Ehrenfeld berichtet die Verwaltung über 370 Verfahren wegen des Verdachts der Zweckentfremdung von Wohnraum, darunter 176 Verfahren wegen Zweckentfremdung durch Leerstand. Offene Anträge für Änderung der Wohnraumbindung liegen für 23 Wohnungen vor. Das ergibt sich aus der Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage von Bündnis 90/ Die Grünen.

Die Linke/Die Fraktion hatte nach der Vergabe von Wohnungs-IDs und ihrer räumlichen Verteilung im Stadtbezirk gefragt. Wohnungs-IDs werden für sieben Städte in NRW vergeben, die Zweckentfremdungssatzungen haben, z. B. für kurzfristiges studentisches Wohnen oder für Ferienwohnungen. Sie werden für diese Städte zentral vergeben und erlauben keine einfachen Rückschlüsse darauf, wo sich diese Wohnungen befinden. Zum 31.12.2024 waren in Köln 6156 mit einer Wohnungs-ID registriert. Die Stadt hat jedoch keinen Überblick, wo sich diese Wohnungen befinden – eine Zuordnung nach Stadtbezirken oder gar Stadtteilen kann nur manuell durchgeführt werden.

Ulrike Detjen

# Aus den Ausschüssen

## Soziales und Senior\*innen

### Gulliver organisiert Nachtcafé für Wohnungslose

In der letzten Sitzung der AG Wohnungslosenpolitik berichtete das KALZ, dass das Projekt Nachtcafé im Gulliver im Rahmen der Haushaltsberatungen keine Mittel erhalten hat. Hintergrund: Das Projekt Nachtcafé war Bestandteil des „Kölner Konzeptes zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit“, das der Rat Ende 2024 beschlossen hatte, für das aber damals wie heute keine Mittel hinterlegt sind. Für die Umsetzung des Gesamtkonzeptes werden jährlich 5,2 Millionen Euro benötigt. Integraler Bestandteil des Konzepts ist das Nachtcafé.

Die Stadt rühmt sich und ihr Konzept: „Dazu gehören unter anderem: ein Nachtcafé als geschützter Rückzugsraum während der Nachtzeit für obdachlose Menschen, welche die Regelübernachtungsangebote einschließlich der Notschlafstellenangebote nicht annehmen können.“

Das Gulliver hat sich engagiert und über 40.000 Euro eigene Mittel in das Projekt gesteckt. Der neue Leiter des KALZ, Noor Abrahamkhail, berichtete von den Erfolgen des Projekts: Derzeit kämen jede Nacht 80 Menschen, davon 25 Prozent Frauen. Die Stadt zahle aber keinen Euro für das Projekt. In der Sitzung lobten Dr. Thomas Münch, Katja Hoyer und Jörg Detjen das Projekt und forderten eine Finanzierung durch die Stadt. Daraufhin hörten wir eine Ausrufe des Sozialdezernenten Dr. Rau und die Grünen schwiegen. CDU und Volt waren gar nicht da.

Drei Tage später stellten Grüne, CDU und Volt einen Dringlichkeitsantrag, der die Finanzierung von 121.000 Euro bis März 2026 ermöglichte. Im Beschluss folgte dann der Satz: „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Fortsetzung der Förderung ab 1.4.2026 zu gewährleisten.“ Immerhin – Opposition wirkt!

Der Antrag wurde dann einstimmig im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren beschlossen. Wieder einmal hat die Verwaltung keine gute Figur gemacht.

Jörg Detjen

## Schule und Weiterbildung

### Jahre permanenter Kürzungen drohen

Ende März hat die Bezirksregierung den Haushalt 2025/2026 genehmigt. Dabei forderte sie die Stadt auf, sich um weitere Kürzungen zu bemühen. Zu prüfen sei, bei welchen Pflichtaufgaben (z. B. dem Schulbau) Standards abgesenkt, und welche freiwilligen Leistungen gekürzt werden können.

Was das bedeutet, wurde bereits im ersten Schulausschuss nach der Verabschiedung des Haushalts deutlich: 1989 hatte der Rat festgelegt, dass Schulen, die bei den jährlichen Bestellungen von Schulbüchern sparsam sind, die Hälfte des eingesparten Geldes einbehalten dürfen. Der Rest fließt an den städtischen Haushalt zurück. Die Schulen konnten dann damit Dinge kaufen, die nicht unter die strengen Vorgaben fallen: z. B. Zusatzhefte zu den Schulbüchern.

Die 300 Kölner Schulen erwirtschafteten 2024 auf diese Weise 685.000 Euro. Was passiert, wenn der Anreiz zum Einsparen wegfällt? Tatsächlich rechnet die Stadt mit 500.000 Euro jährlich mehr im Haushalt. Ob dies eintritt, ist fraglich.

Mit einer zweiten Vorlage sollten die Standards für neue Schulgebäude abgesenkt werden. Schon immer gibt es beim Schulbau ein Tauziehen um jeden Quadratmeter Fläche. Denn er kostet den Staat Geld.

In der Vergangenheit gab es kleine Verbesserungen für die an sich mit Menschen vollgestopften, engen und lärmigen Schulen. Ein Beispiel: Die wenigen Zusatzräume für die Inklusion oder Klassen mit Geflüchteten sind pädagogisch ein Segen, weil dort Kinder mit besonderen Lernproblemen zeitweise in Ruhe in ihrem Tempo arbeiten können. Die schmalen Goodies für Schulen, die über aktuelle Pflichtstandards hinausgehen (für die allein das Land Zuschüsse gibt), sollen nun bei Neubauten gestrichen werden.

Die Linke hatte gegen beide Kürzungen argumentiert. Doch auch den Grünen war es hierbei nicht wohl. Die Vorlagen wurden zurück-

gestellt und kommen in den Rat im Mai. Jahre der (bestenfalls) Stagnation anstelle von Verbesserungen drohen, wenn aus der Gesellschaft heraus nicht Druck für letztere gemacht wird.

Heiner Kockerbeck

## Stadtentwicklung

### Ebertplatz wird teilweise dicht gemacht

Auf dem Ebertplatz werden offensiv Drogen gedealt. Ob berechtigt oder nicht: Das macht vielen Anwohner\*innen Angst. Die Verwaltung hatte zum letzten Ausschuss vorgeschlagen, drei Zugänge zum Ebertplatz dauerhaft zu schließen.

Die Linke ist aber überzeugt davon, dass diese Maßnahme das Problem nicht löst. Wenn die Dealer vertrieben werden und künftig in den angrenzenden Theodor-Heuss-Park ausweichen, ist den Anwohner\*innen auch nicht geholfen.

Wir hatten deshalb einen Ersetzungsantrag eingebracht, der stattdessen vorsah, den Platz aufzuweiten und Konflikte zu entschärfen. Für Letzteres sollte mehr Sozialarbeit eingesetzt werden und die Polizei gebeten werden, abends und nachts sowie zu Zeiten des Schüler\*innenverkehrs dauerhaft Präsenz zu zeigen. Es sollten auch fußläufige Möglichkeiten zum Aufenthalt für die Drogengebraucher\*innen und Obdachlose geschaffen werden.

Der Platz sollte auch durch eine zeitnahe Sanierung und bessere Beleuchtung aufgewertet werden. Die Kultureinrichtungen und das Platzprogramm sollten im gewohnten Umfang bestehen bleiben. Die Wegebeziehungen auf dem Platz sollten optimiert werden.

Leider wurde stattdessen ein Antrag des Regierungsbündnisses von Grünen, CDU und Volt beschlossen, dem auch SPD und FDP zustimmten. Dieser Antrag nimmt nur kosmetische Änderungen wie die attraktivere Gestaltung der Treppenaufgänge vor. Die Schließungen bleiben bestehen. Für die Zustimmung der FDP verzichtete das Bündnis sogar auf drei Verbesserungen, den Fuß- und Radverkehr betreffend.

Michael Weisenstein

## Neue Ausschussmitglieder



### Sozialausschuss

#### Isabel Gerken

Ich studiere im Master „Sprachen und Kulturen Afrikas“ an der Universität zu Köln und arbeite in der Ratsfraktion der LINKEN. Als Deutsch-Portugiesin liegen mir interkulturelle Themen am Herzen. Mein Auslandsstudium in Lissabon, ein Freiwilligendienst in Ruan-

da und meine Arbeit bei der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik (IfaS) haben mir gezeigt, wie wichtig es ist, Politik global zu betrachten.

Mein Engagement begann im Kinder- und Jugendrat Unna, als Kreissprecherin der Grünen Jugend Unna und in der evangelischen Kirchengemeinde Dellwig. Ich absolvierte ein Freiwilliges Soziales Jahr beim Deutschen Roten Kreuz in der Geflüchtetenbetreuung und Jugendpartizipation. Später organisierte ich im International Office der Uni Köln das Buddy-Programm für geflüchtete Studierende. Zudem engagierte ich mich bei Pamoja Afrika e.V. und bin Awareness-Begleiterin. Bei der Partei Die Linke engagiere ich mich nun seit 3 Jahren, unter anderem als Sprecherin des Ortsverbandes Kalk und Beisitzerin im Kreisvorstand.

Mein Ziel ist es, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit aktiv mitzugestalten – sowohl auf kommunaler als auch auf globaler Ebene.

## Bauausschuss und Unterausschuss Wohnen



### Hasan Celebi

Ich bin 34 Jahre alt, seit 2018 Wahlkölner und ungefähr so lange Mitglied der Partei.

Für mich ist bezahlbarer Wohnraum ein Grundrecht und Voraussetzung für eine sozialgerechte Stadt für Alle. Köln ist von explodierenden Mieten und einer wachsenden Wohnungsnot betroffen. Ich sehe meine

Aufgabe darin, mich für eine nachhaltige und sozialgerechte Stadtentwicklung einzusetzen, die sich einer weiteren Privatisierung und damit einer Umverteilungspolitik von unten nach oben entgegenstellt.

Ich werde mich für die Schaffung einer stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft einsetzen, die den Bau von Sozialwohnungen und die Förderung von gemeinnützigen Wohnprojekten vorantreibt, dabei ökologisch und nachhaltig Wohnraum schafft. Mein Ziel ist es, an Lösungen mitzuarbeiten, die soziale und ökologische Fragen nicht gegeneinander, sondern miteinander denken; für eine lebenswerte und bezahlbare Stadt für Alle, die den Bedürfnissen aller Kölner\*innen und Herausforderungen unserer Zeit gerecht wird. Bau- und Wohnungspolitik ist für mich zentraler Teil antirassistischer und antifaschistischer Politik, die sich einem gesellschaftlichen Rechtsruck entgegenstellt, der alle gesellschaftlichen Probleme auf Migrant\*innen und die Ärmsten abzuwälzen versucht.

## AVR

### Brüsseler Platz: Es ist kompliziert

Seit 20 Jahren ist der Brüsseler Platz abends ein beliebter Treffpunkt für junge Leute. Fast so lange kämpfen auch einige Anwohner um ihre Nachtruhe. Denn selbst wenn die Nachtschwärmer sich in normaler Zimmerlautstärke unterhalten, produziert ihre große Anzahl so viel Lärm, dass die Messwerte ein gesundheitsgefährdendes Niveau überschreiten.

Die Stadt hat seit Jahren mit vielen unterschiedlichen Maßnahmen dagegen gesteuert. Der Getränkeverkauf und -ausschank musste früher als üblich eingestellt werden. Das Ordnungsamt hat nachts Menschen angesprochen und zum Verlassen des Platzes aufgefordert. Es wurden zeitweise sogar Flutlichtscheinwerfer installiert, die den Platz in grelles Licht tauchten und so extrem ungemütlich für die Verweilen-

den machten. Aber nichts half.

Im September 2023 verlor die Stadt schließlich den jahrelangen Rechtsstreit mit den Anwohner\*innen. Das Gericht erklärte die bisherigen Maßnahmen der Stadt als „evident unzureichend“. Das Gerichtsurteil stellte der Stadt es zwar frei, welche Maßnahmen sie ergreift, aber sie müssen wirken. Neben einem Zaun um die Kirche St. Michael schlug die Richter\*in auch ein Alkohol- oder ein Verweilverbot vor.

Einig ist sich Politik und Verwaltung zunächst darüber, dass kein Zaun kommen soll. Die Verwaltung führte daraufhin probeweise ein Verweilverbot ein. Freitag, Samstag und vor Feiertagen darf man zwischen 22 Uhr abends und 6 Uhr morgens den Platz zwar überqueren, aber dort nicht stehen bleiben.

Nun gibt es aber auch nicht wenige Anwohner\*innen, die sich ihrerseits durch das Verweilverbot in ihren Rechten beeinträchtigt fühlen.

Der Brüsseler Platz ist ihr persönlicher Lebensnahbereich, in dem sie ihrerseits ihre Freizeit verbringen, mit Nachbarn sprechen, etwas trinken wollen. Gleichzeitig haben nicht Wenige, Politiker\*innen wie Einwohner\*innen, Angst davor, dass das Beispiel Schule machen könnte. Inzwischen klagen auch Anwohner\*innen der Schaafenstraße gegen nächtliche Ruhestörung durch Feiern. Besonders heikel ist daran, dass die Schaafenstraße als Schutzraum für queere Menschen gilt. Hier fühlen sie sich beim Feiern weitgehend vor Bedrohung und Anfeindung geschützt.

Die Verwaltung wollte im letzten Ausschuss eine Ausweitung des Verweilverbots beschließen lassen. In einem gemeinsamen Antrag verhinderten die demokratischen Fraktionen (nur die FDP war nicht dabei) eine Ausweitung. Stattdessen soll ein Alkoholverbot geprüft werden.

Güldane Tokyürek

Auf der Ratssitzung im April wurde die Teilnahme Kölns an einer Bewerbung für die Olympischen Spiele 2036 oder 2040 auf den Weg gebracht. Die Linke ist strikt dagegen. Warum?

Gerade hat sich Verwaltung und Politik eingestanden, dass im Moment viele der schon beschlossenen Großprojekte nicht zu realisieren sind. Der Stadt fehlt es nicht nur an Geld dafür. Sie hat auch nur begrenzte Planungskapazitäten. Lieber Weniges gut machen und zügig fertigbauen, als Vieles beauftragen und böse Überraschungen erleben. Darauf konnten sich vor zwei Monaten, als der städtische Haushalt verabschiedet wurde, alle einig. Und kein Vierteljahr später soll wieder ein neues, gigantisches Großprojekt beschlossen werden?

Wir glauben stattdessen: Wir müssen Köln erst einmal instand setzen! Viele von uns werden sich noch an den überforderten Nahverkehr während der Europameisterschaft im letzten Jahr erinnern.

Die SPD will sogar das olympische Dorf nach Köln holen. Das letzte Olympische Dorf ist auf einer Fläche von 55 Hektar gebaut worden.

# NO LYMPIA

## in Rhein-Ruhr 2036 / 2040

In Köln könnte das nur dort errichtet werden, wo bereits Nutzungsüberlegungen oder Planungen im Gang sind. Damit würde der Mietwohnungsmarkt mindestens für die nächsten 10 Jahre weiter verschärft werden. Das wäre neue sozialdemokratische Wohnungspolitik! Nicht umsonst war Airbnb einer der Hauptsponsoren der Olympischen Spiele 2024 in Paris.

Der chaotische Planungsprozess erschwert demokratische Teilhabe. Bereits vor fünf Jahren haben wir im Rat über diese Bewerbung diskutiert. Jetzt wird den Kommunen, die sich bis 31. Mai entscheiden müssen, die Pistole auf die Brust gesetzt.

Wir sind auch entsetzt, dass anscheinend nur Wenige Bedenken

haben, die Spiele gerade 2036 nach Deutschland zu holen. Das wäre genau 100 Jahre nach den Olympischen Spielen in Berlin, die die Nationalsozialisten missbrauchten. Die Nazis machten mit diesem internationalen Großereignis gleichzeitig

Werbung für das Regime und transportierten unterschwellig ihre menschenverachtende „Rassen“ideologie. 100 Jahre später wieder Spiele in Deutschland wäre eine Steilvorlage für die AfD und für alle aufmarschierenden Nazis in Europa.

Doch es ist noch nicht zu spät. „Vor einer finalen Entscheidung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB)“ soll es einen Bürger\*innenentscheid in Köln und der Region dazu geben. Das gibt uns allen die Möglichkeit, diesen irrsinnigen Beschluss zu kippen.

Hamburg hat 2 Millionen Euro für die Bewerbung ausgegeben und dann hat die NOlympia-Bewegung den Prozess gestoppt und das Geld war weg.

Jörg Detjen

## Kalk braucht eine soziale Erhaltungssatzung

Die Mieter\*innen in Köln stehen unter Druck. Es fehlt an bezahlbaren Wohnungen, die Mieten sind hoch, und sie werden stetig weiter erhöht. Die gesetzlichen Regelungen zur Begrenzung der Mieterhöhungen funktionieren nicht. Und mancher, der treu und brav die hohe Miete bezahlt hat, bekommt trotzdem eine Kündigung. Als Grund wird dann Eigenbedarf angegeben.

Ein Grund für Mieterhöhungen sind Modernisierungen. Die Kosten dürfen auf die Miete aufgeschlagen werden. Die Miete steigt dann so hoch, dass viele sie nicht mehr zahlen können. Die Folge: Da man in der Nachbarschaft keine neue Wohnung findet, die bezahlbar ist, muss man das Viertel verlassen.

Die Linke meint: Wer hier wohnt, kann bleiben! Wir kämpfen gegen Verdrängung und die Veränderung

der Viertel nach dem Geschmack der Investoren.

Ein Instrument, die Aufwertung von Vierteln zu steuern und Mieter\*innen vor Verdrängung zu schützen, ist eine soziale Erhaltungssatzung. Seit 2014 hat die Stadtverwaltung den Auftrag, dieses Instrument vermehrt zu nutzen. Sie zeigt bei der Umsetzung dieses Auftrags aber wenig Elan. Ein Grund dafür: Die CDU lehnt solche Satzungen ab und die Grünen lassen sich von ihrem Partner an die Leine legen.

Aber immerhin: Jetzt ist eine weitere soziale Erhaltungssatzung beschlossen worden. Für den Stadtteil Kalk soll geprüft werden, ob die Voraussetzungen erfüllt sind.

Das ist eine gute Entscheidung. Sie reicht aber nicht. Die Stadtverwaltung hat in insgesamt neun Quartieren Hinweis auf Aufwer-

tungs- und Verdrängungsprozesse: Ehrenfeld West, Liebig-Quartier, Niehl, Porz Mitte, Humboldt, Kalk, Vingst, Buchheim, Mülheim Nord. Diese Auflistung sollte um die zuletzt von den Bezirksvertretungen beschlossenen Stadtteile Deutz und Nippes ergänzt werden.

Köln vergleicht sich gerne mit Berlin, Hamburg und München. Das sollte Köln in diesem Fall tatsächlich tun. In Berlin gibt es 78 Erhaltungssatzungs-Gebiete, in Hamburg 16 und in München 36. Mit den o.g. elf Quartieren käme Köln auf dann 14 soziale Erhaltungssatzungen. Das wäre doch ein gutes Zwischenziel. Langfristig wollen wir erreichen, dass 25 Prozent der Kölner\*innen durch soziale Erhaltungssatzungen gegen Verdrängung geschützt werden.

Hans Günter Bell

# Mitgestalten, mitbestimmen: Der Integrationsrat als Stimme der Vielfalt

Viele Menschen mit Migrationsgeschichte leben seit Jahrzehnten in Köln, zahlen Steuern, engagieren sich in ihren Stadtteilen – doch bei Wahlen bleibt ihnen oft die Stimme verwehrt, weil sie keinen deutschen Pass besitzen. Doch es gibt eine Möglichkeit, wenigstens auf kommunaler Ebene Einfluss auf die Politik zu nehmen: Die Wahl des Integrationsrates! Dieses Gremium setzt sich gezielt für die Belange von Menschen mit internationaler Geschichte ein und sorgt dafür, dass ihre Stimmen gehört werden. Der Integrationsrat behandelt zentrale Themen wie Sprachförderung, Chancengleichheit in der Bildung oder Maßnahmen gegen Diskriminierung. Vielfalt in der Politik – ein Gewinn für alle

Köln ist bunt, vielfältig und international. Diese Realität muss sich auch in der Politik widerspiegeln. Der Integrationsrat sorgt dafür, dass Menschen mit Migrationsgeschichte nicht nur als Bürgerinnen und Bürger, sondern auch als aktive Gestalter\*innen wahrgenommen werden.

Mitglieder des Integrationsrates bringen Perspektiven ein, die oft

in den Stadtparlamenten unterrepräsentiert sind. So werden gezielt Maßnahmen für mehr Chancengerechtigkeit entwickelt – sei es im Bildungsbereich, auf dem Arbeitsmarkt oder im gesellschaftlichen Zusammenleben. Er ist eine direkte Interessenvertretung, die echte Veränderungen bewirken kann. Ob es um den Abbau von strukturellen Benachteiligungen, das Sichtbarmachen kultureller Vielfalt oder den Kampf gegen Diskriminierung geht – der Integrationsrat ist ein entscheidendes politisches Instrument für mehr Teilhabe.

## **Jetzt mitmachen! Die Linke benötigt deine Unterstützung!**

Am 14. September 2025 haben alle Wahlberechtigten – auch ohne deutschen Pass – die Möglichkeit, über die Zusammensetzung des Integrationsrates abzustimmen. Wer sich eine gerechte, vielfältige und chancengleiche Gesellschaft wünscht, sollte diese Chance nicht verpassen. Denn Demokratie lebt von Teilhabe – und der Integrationsrat ist ein entscheidender Baustein auf dem Weg zu einer inklusiven Stadtpolitik.

Jetzt ist der Moment, aktiv zu

werden: Informiere dich, werde selbst Kandidat\*in oder nutze deine Stimme, um Köln gemeinsam gerechter und vielfältiger zu gestalten! Die AG Linke Internationale Köln stellt gerade eine Wahlliste zusammen und unterstützt Kandidaturen. Bei Interesse wende dich bitte an: [vedat.akter@die-linke-koeln.de](mailto:vedat.akter@die-linke-koeln.de)

Vedat Akter, Isabel Gerken



*Auch Kolleg\*innen aus dem Gesundheitsbereich haben für einen Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst gestreikt. Unsere gesundheitspolitische Sprecherin Uschi Röhrig hat sie besucht und Solidarität gezeigt.*

## **Fortsetzung von Seite 2: Ost-West-Tunnel**

Milliardenbeträge aufgewendet und die Innenstadt für Jahrzehnte aufgerissenen werden. Die angeblich 90 % Fördergelder von Bund und Land beziehen sich auf den Kostenstand bei der Bewilligung. Mehrkosten bleiben ganz überwiegend bei der Stadt hängen. Bei der Nord-Süd-Stadtbahn wurde das gleiche Märchen erzählt. 10 Prozent von den ursprünglich veranschlagten 550 Millionen Euro wären 55 Millionen gewesen. Tatsächlich beläuft sich der städtische Eigenanteil mittlerweile auf 1,1 Milliarden Euro, wie die Verwaltung nach langem Hinhalten mitteilte.

Auch Fördermittel sind unsere Steuergelder, die für sinnvolle Vorhaben eingesetzt werden sollten, nämlich all die sinnvollen oberirdischen Ausbauprojekte. Womöglich hätten sie sogar eine bessere Chance auf den Zuschlag, weil sie einen viel höheren Nutzen haben.

Doch schon jetzt blockiert das Tunnelprojekt solche Maßnahmen. So teilte die Verwaltung im Juni 2024 mit, die Verlängerung der Gürtellinie 13 bis zum Rhein könne sie mangels Personalressourcen nicht weiter verfolgen. Dieses Projekt würde die einzige ringförmige Verbindung linksrheinisch schließen und mehr Umsteigemöglichkeiten schaffen. Es ist vorgeplant, förderfähig, mit hoher Zustimmung bei der Öffentlichkeitsbeteiligung. Es ist schlicht skandalös, dass solche Projekte nun wegen der Priorität Tunnel liegen bleiben.

Schon während der letzten 20 Jahre Bauzeit der Nord-Süd-Stadtbahn lag der oberirdische Netzausbau faktisch lahm. Nur 3,5 Schienenkilometer kamen hinzu. Darum hat Köln im Vergleich zu anderen Großstädten einen riesigen Nachholbedarf beim Netzausbau. Mit dem Ost-West-Tunnel würde das in den nächsten Jahrzehnten so weiter gehen.

## **Karten neu mischen**

Das letzte Wort ist mit dem katastrophalen Ratsbeschluss noch lange nicht gesprochen. Es braucht noch eine ganze Reihe Folgebeschlüsse in den nächsten Jahren, ehe das Wahnsinnsprojekt umgesetzt wird. Und bei der Kommunalwahl am 14. September werden die Karten neu gemischt. Wählen wir die Tunnelparteien ab!

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wird geprüft, ob ein Bürgerbegehren auf den Weg gebracht werden kann, das den Ratsbeschluss kassiert und die Entscheidung der Einwohnerschaft überträgt.

Die Linke wird weiterhin den Widerstand mit organisieren, mit rechtlichen Mitteln wie auch durch Aufklärung und Mobilisierung, gemeinsam mit Organisationen der Zivilgesellschaft.

Angela Bankert

# Freiheit für Oberbürgermeister İmamoğlu und alle politischen Gefangenen in der Türkei!

Millionen von Menschen sind in der Türkei auf den Beinen und protestieren gegen die Verhaftung des Istanbul Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu. İmamoğlu ist bei der Bevölkerung beliebt. Seine Partei, die CHP, ist seit 2002 die größte Oppositionspartei. Sie hat von allen Parteien die besten Chancen, Präsident Erdogan demokratisch abzulösen, wenn er es denn zulassen würde.

Istanbul ist mit Köln durch eine Städtepartnerstadt verbunden. Noch am Morgen der Verhaftung verurteilte Oberbürgermeisterin Reker die politisch motivierte Strafverfolgung und forderte die Freilassung İmamoğlus. Tags drauf gaben die Fraktionsvorsitzenden im Kölner Rat, darunter auch Güldane Tokyürek von der Linken, eine gemeinsame Erklärung ab:

„Die Verhaftung İmamoğlus reiht sich ein in eine besorgniserregende Entwicklung von Einschränkungen der Meinungsfreiheit, von politischen Anklagen und von Verhaftungen – auch von Kölner Mitbürgerinnen und Mitbürgern mit türkischem Migrationshintergrund.

Der Rat der Stadt Köln hat sich immer wieder für sie eingesetzt. In allen bisherigen Fällen konnten wir durch internationale Aufmerksamkeit und diplomatischen Einsatz ihre Freilassung unterstützen ...

Die Städtepartnerschaft zwischen Köln und Istanbul ist nicht nur eine Verbindung zwischen zwei Metropolen, sondern auch ein Band zwischen den Menschen, die für eine freie Gesellschaft eintreten.

Lassen Sie uns dieses Band stärken – mit klaren Worten, mit öffentlichem Druck und mit der unmissverständlichen Botschaft: Demokratie ist nicht verhandelbar!

Köln steht solidarisch hinter dem frei gewählten Oberhaupt seiner Partnerstadt Istanbul.“

Am gleichen Tag, den 19. März, organisierte die Initiative „Stimmen der Solidarität“ vor dem Rathaus eine Kundgebung, auf der neben den demokratischen Ratsfraktionen auch ein Vertreter der CHP sprach.

Am 22. März führte die CHP in ganz Deutschland Kundgebungen durch. Auf der Kölner Kundgebung sprach Jörg Detjen (siehe Bild).



Er erklärte:

„Erdogan versucht nun, die Zusammenarbeit zwischen der CHP und der DEM [Sie nannte sich bis 2023 „Grüne Linkspartei“] zu diskreditieren. In Demokratien ist es normal, dass Oppositionsparteien zusammenarbeiten. Bei Wahlen ist es normal, dass sich Parteien absprechen. Das ist in Frankreich und Großbritannien so, das ist in ganz Europa normal.

War das nicht auch in der Türkei so? Hat nicht die AKP [Erdogans Partei] immer wieder mit faschistischen Kleinparteien kollaboriert und z. B. die 10 %-Hürde abgeschafft, damit die MHP in die Nationalversammlung einziehen konnte?

Also: Die Zusammenarbeit von CHP und DEM kann Erdogans Niederlage herbeiführen. Ein Grund mehr, diese Zusammenarbeit zu verbessern und zu intensivieren! ...

Zerschlägt Erdogan die letz-

ten demokratischen Strukturen in der Türkei? Ist das nicht alles widersprüchlich? Will er überhaupt den Konflikt mit den Kurden lösen, wenn er gleichzeitig die CHP angreift und Ekrem İmamoğlu verhaftet? – „Wir befinden uns im Angesicht einer großen Tyrannei“ sagte İmamoğlu kurz vor seiner Verhaftung! – Wie recht er hat!

Der Tyrann Erdogan bereitet einen großen Krieg vor und hofft auf die Zusammenarbeit mit Trump. Er

will noch mehr Land in Syrien gewinnen und seine Armee Stück für Stück vorantreiben. Dazu ist Erdogan längst jedes Mittel recht und deshalb arbeitet er auch mit Dschihadisten zusammen.

Alevitische Verbände in Deutschland sprechen von Völkermord in Syrien und geben Erdogan und

dem Emir von Katar eine Mitschuld.

Die EU und die NATO lassen Erdogan gewähren. Das müssen wir immer wieder kritisieren. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen! Diese Politik schadet Europa und ist Demütigung und Unterdrückung für die Menschen in der Türkei. Die Lira schießt wieder durch die Decke. Die Menschen haben noch weniger Geld und können sich noch weniger kaufen.

Wir müssen gemeinsam gegen Erdogans Putsch kämpfen! Wir brauchen demokratische Wahlen in der Türkei mit dem Präsidentschaftskandidaten Ekrem İmamoğlu!

Und wir brauchen selbstbewusste Türken, Kurden, Aleviten, Zaza, Assyrer, Armenier, Araber, Griechen, Juden, Roma.

Wir brauchen Euch auch hier in Deutschland! Ihr gehört zu uns!“

Jörg Detjen



# Warnstreiks bei Ford Köln!

Im November 2024 haben die Ford-Werke dem Betriebsrat die nächste „Restrukturierung“ vorgestellt. Der Betriebsrat hat sich geweigert, in die detaillierte Beratung dieser Pläne einzusteigen. Der erst im Februar 2023 unterschriebene Zukunftsvertrag enthält neben einem unkündbaren Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen bis Ende 2032 auch die Zusage von Zukunftsaufgaben für verschiedenen Bereiche in Köln.

Diese Zusage von neuen und zusätzlichen Arbeiten wurde aber von der Geschäftsleitung nie realisiert. Stattdessen wurde der nächste Abbau verkündet. Und nicht nur das: diesmal sollten ganze Bereiche verkauft oder geschlossen werden. Insgesamt sollen 2900 zusätzliche Stellen wegfallen. Zusammen mit noch ca. 400 offenen Stellenstreichungen aus der letzten Vereinbarung also etwa 3.300. Da Teilzeitkräfte bei Ford nur halb gezählt werden, sind also deutlich mehr Menschen betroffen.

Dieser massive Kahlschlag und der Mangel an irgendeiner auf neuen Produkten gestützten Geschäftsperspektive hat der Betriebsrat zum Anlass genommen, nun eine Absicherung für alle (noch) in Köln beschäftigten Menschen zu fordern. Ein weiteres „in Scheiben schneiden“ würde die Übrigbleibenden nicht mehr auseinandersetzungsfähig zurücklassen. Um ein „den letzten beißen die Hunde“ zu vermeiden, wollte der Betriebsrat eine Art Rahmensozialplan für alle. Falls doch weitere Arbeiten und Investitionen kommen sollten (was alle bevorzugen!), bräuchte dieser Rahmen nie genutzt werden. Falls doch der weitere Abbau ansteht, wären aber gute Bedingungen für alle gesichert.

Die Auseinandersetzung darum liefen sehr zögerlich. Daher haben wir schon im letzten Jahr entschieden, über die IG Metall einen Sozial-Tarifvertrag zu fordern. Nur so sind wir – nach dem Scheitern von Verhandlungen – streikfähig. Eine Tarifkommission wurde gewählt, Forderungen aufgestellt.

In dieser Phase hat die US-Mutter der Ford-Werke GmbH, die Ford

Motor Company, Anfang März verkündet, die seit 2006 bestehende „Patronatserklärung“ zu kündigen. Diese garantiert, dass Verluste der Ford-Werke durch die Ford Motor Company übernommen werden.

Damit war die Möglichkeit einer Insolvenz der Ford-Werke geschaffen. Die Ford Motor Company kann Verluste weiter ausgleichen – muss aber nicht mehr.

Zwar deutet nichts darauf hin, dass die Insolvenz tatsächlich geplant ist. Aber die Frage, warum man sich eine solche Möglich-

ersten Verhandlung hat das Unternehmen unsere Forderungen „brett-hart“ zurückgewiesen. Daher hat die IG Metall letzte Woche zur ersten Warnstreikwelle mit Aktionen an allen Standorten und auf allen Schichten aufgerufen. Die Beschäftigten haben mit überzeugender Beteiligung Unterstützung für das Vorgehen von Betriebsrat und IG Metall und die gemeinsamen Forderungen gezeigt. Noch nie hatten wir einen so großen Anteil unserer Beschäftigten „auf der Straße“.

Leider hat das beim Verhand-



Foto: Stephen Petrat

keit jetzt schafft, steht natürlich im Raum.

Und damit hier keine falschen Eindrücke hängen bleiben: In vielen Presseberichten dazu war von neuen Milliarden für Ford-Deutschland die Rede. Dieses Geld dient lediglich zum Ausgleich der konzerninternen Schulden (sonst wären die Ford-Werke sofort insolvent). Dieses Geld kann für nichts investiert werden. Umgekehrt bleiben alle Entscheidungsstrukturen genau wie bisher. Auch der aktuelle Geschäftsplan unterscheidet sich nur sehr wenig von denen, die in den letzten 20 Jahren schon nicht funktioniert haben.

Damit war klar, dass die Forderungen nach einer Sicherung für alle nun um eine Forderung nach einer Insolvenzsicherung durch die US-Mutter ergänzt werden mussten. Gleichzeitig haben wir die Forderungen der IG Metall Tarif-Kommission für den Sozial-Tarifvertrag an die Geschäftsleitung übergeben.

Seitdem verhandeln der Betriebsrat und die IG Metall gemeinsam mit dem Management. In der

lungsteam der Firma scheinbar noch nicht genug Eindruck gemacht. Jedenfalls hat sich in den weiteren Verhandlungsrunden weiterhin wenig bewegt. Die IG Metall hat daher auch für die Woche danach zu einer weiteren Runde von Warnstreiks aufgerufen – diesmal doppelt so lange!

Wir hoffen, damit genug Druck für produktive Verhandlungen machen zu können. Für die zwei Oster-Wochen sind erstmal keine weiteren Streiks geplant. Stattdessen werden wir in der Zeit einen Verhandlungsmarathon hinlegen. Am Ende der Osterferien werden wir „Kassensturz“ machen. Falls dann keine weitgehende Einigung existiert, werden wir beim Bundesvorstand der IG Metall die Zustimmung zu Urabstimmung und Streiks beantragen.

Alle bisherigen Flyer, Aufrufe, unsere Forderungen und unsere Solidaritätsaktionen findet Ihr auf [www.wir-bleiben-ford.de](http://www.wir-bleiben-ford.de) Über eine Beteiligung an der Solidaritätsaktion dort freuen wir uns!

Hans Lawitzke



**Die Linke**  
Fraktion  
im Rat der Stadt Köln

Workshop für Neueinsteiger\*innen

# Wir verändern Politik vor Ort!

**Samstag, 24. Mai**

[www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

## Workshop für Neueinsteiger\*innen: Wir verändern Politik vor Ort!

Du bist Mitglied der Linken geworden, weil du etwas verändern willst? Du siehst in deinem täglichen Leben Dinge, die falsch laufen? Du würdest gerne mitpacken, um diese Dinge zu ändern?

vorstellen. Dann können wir gemeinsam drangehen, Mehrheiten für unsere Anliegen zu schmieden.

Melde dich an unter: [dielinke@stadt-koeln.de](mailto:dielinke@stadt-koeln.de), Stichwort: workshop 24. Mai

**Mitarbeit in der Kommunalpolitik kann der Weg dazu sein!**

Sa, 24. Mai 2025, 11 – 15 Uhr, Rathaus, Span. Bau, Sitzungssaal der Fraktion B 27

### Kommunalpolitischer Stadtrundgang

Fr, 16. Mai, 17.00 bis 18.30 Uhr, Treffpunkt: Kreuzblume vor der Domplatte

Umverteilung, Energiewende, Friedenspolitik – viele Menschen glauben, große Fragen werden in der Bundespolitik entschieden. Dabei werden in der Kommunalpolitik viele Weichen auch für dein alltägliches Leben gestellt. Du wirst überrascht sein, mit welchen Themen sich die Ratsfraktion beschäftigt.

Wenn du schon immer wissen wolltest, wo in Köln Karl Marx gearbeitet hat, welche Straße die feministischste ist, und wie ein Investment-Fonds im Zusammenspiel mit korrupten Politikern die Kölner\*innen zur Kasse gebeten hat, bist du bei unserem Stadtrundgang goldrichtig. Jörg Detjen und Andrea Kostolnik zeigen Skandalöses, Witziges und Mutmachendes aus 26 Jahren linker Stadtpolitik und 2000 Jahren Kölner Stadtgeschichte. Zur Vertiefung unseres Wissens gehen wir danach noch etwas trinken.

Wir gehen von DEINEN Erfahrungen, DEINEN Forderungen und DEINEN Ideen aus. Wir zeigen dir unseren Werkzeugkasten und entwickeln gemeinsam kommunalpolitische Forderungen und Strategien, sie auch durchzusetzen.

Was wir im workshop erarbeitet haben, werdet ihr später in unseren Arbeitskreisen

Bitte melde dich an unter: [dielinke@stadt-koeln.de](mailto:dielinke@stadt-koeln.de), Stichwort: Stadtrundgang

**Impressum** Hans Günter Bell, Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Köln, Rathaus, Span. Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln / Foto: Martin Heinlein




**Die Linke**  
Fraktion  
im Rat der Stadt Köln

AK feministische Politik

# Mitmachen Politik entwickeln! verändern!

[www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)

## Relaunch AK feministische Politik

Wir starten mit dir neu!

Der AK feministische Politik (früher: AK Frauen) bereitet unser Auftreten im Gleichstellungsausschuss der Stadt Köln vor. Er kann aber viel mehr als das. Wir bilden uns zu Themen wie Gewaltschutz oder Frauengeschichte weiter, wir halten Kontakt zu Fraueninitiativen in der Stadt und besuchen diese, um uns über ihre Arbeit zu informieren. Wir nehmen an Demos und Kundgebungen teil. Wir initiieren und organisieren Aktionen, z. B. zum Austritt der Türkei aus der Istanbul-Konvention.

### Workshop Feministische Sichtweisen auf Kommunalpolitik

Termin wird noch bekannt gegeben (Samstag)

Fraktionsbüro, Rathaus, Span. Bau, Rathausplatz 1

Feministische Politik hat seinen Platz im Gleichstellungsausschuss. Das ist jeder und jedem klar. Weniger bekannt ist, dass alle Politikbereiche durch die Genderbrille betrachtet werden können. Genau das wollen wir in einigen Feldern der Kommunalpolitik wie Soziales, Gesundheit, Verkehr oder Stadtentwicklung tun.

**Das alles und noch viel mehr würden wir gerne mit DIR zusammen tun.**

Deshalb: Trag' dich in den Verteiler ein!  
**Relaunch AK feministische Politik**

**Mo, 19. Mai, 18 – 20 Uhr**

Fraktionsbüro, Rathaus, Span. Bau, Rathausplatz 1

Wir werden gemeinsam darüber beraten und entscheiden, was wir in unserem AK bearbeiten und unternehmen wollen, wie wir zusammenarbeiten wollen und wann wir uns treffen.

Wir versprechen euch überraschende Erkenntnisse. Es gibt viel zu verändern. Das bedeutet aber auch, dass viele relativ kleine Schritte etwas bewirken. Mach mit und sei Teil der Veränderung. Dann halten wir den Backlash auf und färben die Zukunft lila!

Tragt euch in die Verteilerliste ein und sendet dazu eine Mail an: [dielinke@stadt-koeln.de](mailto:dielinke@stadt-koeln.de)

**Impressum** Sarah Niknamtavin, Fraktion Die Linke im Rat der Stadt Köln, Rathaus, Span. Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln, Foto: Foto: Adrian Vidal



# TERMINE

## Di, 22. April

**Gedenkveranstaltung anlässlich der ersten NS-Deportation von Sinte\*zze und Rom\*nja aus Köln im Mai 1940.**

Vortrag und Diskussion, 19 Uhr, VHS-Forum im Kulturzentrum am Neumarkt.

## Sa, 26. April

**Film: Cree Code Talkers & Navajo Code Talkers: A Journey of Remembrance Doublefeature zur Rolle der Native Americans im zweiten Weltkrieg,** anschl. Hintergrundgespräch, Begeleitveranstaltung zur Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« im NS-Dok. 19 Uhr, Filmforum NRW, Bischofsgartenstr. 1, 50667 Köln

## So, 27. April

**Film: Cinema, Aspirinas e Urubus**  
**Regie: Marcelo Gomes, BR, 2015,** Begleitveranstaltung zur Ausstellung »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg« im NS-Dok. 17 Uhr, Filmforum NRW  
Bischofsgartenstr. 1  
50667 Köln

**Cum-Ex und Steuergerechtigkeit. Vortrag von Anne Brorhilker** (ehem. Kölner Oberstaatsanwältin) Freier Eintritt, 19.30 Uhr, Tersteegenhaus, Emmastr. 6, 50937 Köln

## Mo, 28. April

**Arbeitnehmerempfang im Rathaus.** 19 Uhr. Historisches Rathaus.

**MACH DICH STARK MIT UNS** **DGB**

**1. Mai 2025**

**Köln**

**1. Mai 2025**

**12:00 Uhr Demo zum Heumarkt**  
ab DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz

**13:00 Uhr Kundgebung auf dem Heumarkt**  
Witich Roßmann & Judith Gövert  
**Hans-Jürgen Urban**  
Vorstandsmitglied der IG Metall  
Kölner Gewerkschaften & DGB-Jugend

**14:15 Uhr Kabarett & Musik**  
Wilfried Schmickler  
Buntes Herz  
The Red Flags  
**mit Kinderprogramm**

## Di, 29. April

**Feministischer Erzählalon anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Kölner Frauengeschichtsvereins,** Anm. erforderlich 10 Euro, 18 bis 20 Uhr, Frauengeschichtsverein, Höniger Weg 100a, 50969 Köln

## Mi, 30. April

**Edelweißpiraten: Feierliche Einweihung des Denkmals,** Initiative Nippeser Edelweißpiraten e.V., 17 Uhr, Leipziger Platz, 50733 Köln

## Do, 1. Mai

**Infostand der Linken auf der DGB-Veranstaltung** Heumarkt.

## Fr, 16. Mai

**Kommunalpolitischer Stadtrundgang der Linken** 17 bis 18.30 Uhr. Mit Andrea Kostolnik und Jörg Detjen. Treffpunkt Kreuzblume vor der Domplatte

**Die Linke**  
Fraktion im Kölner Rat

# FRAKTIONS-TERMINE

Mo, 28. April, 18.15 Uhr  
**AK Umwelt**

Fr, 2. Mai, 16 Uhr  
**AK Soziales und Integration**

Mo, 5. Mai, 18 Uhr  
**AK Wirtschaft + Finanzen**

Do, 8. Mai, 18 Uhr  
**AK Verkehr - Ausschussvorbereitung**

Do, 8. Mai, 19 Uhr  
**AK Bildung und Jugend**

Mo, 12. Mai, 19.30 Uhr  
**AK Gesundheit + Inklusion – Ausschussvorbereitung**

Do, 15. Mai, 18 Uhr  
**AK Bau, Liegenschaften, Stadtentwicklung und Wohnen**

Do, 15. Mai, 18.15 Uhr  
**AK Kunst, Kultur, Medien**

Do, 22. Mai, 18 Uhr  
**AK Verkehr**

Do, 22. Mai, 18.15 Uhr  
**AK feministische Politik**

Fr, 30. Mai, 16 Uhr  
**AK Soziales und Integration**

Mo, 2. Juni, 18 Uhr  
**AK Wirtschaft und Finanzen**

Mo, 2. Juni, 18.15 Uhr  
**AK Umwelt**

Mo, 2. Juni, 19.30 Uhr  
**AK Gesundheit und Inklusion**

Do, 5. Juni, 18 Uhr  
**AK Verkehr**

Do, 5. Juni, 18.15 Uhr  
**AK Kunst, Kultur, Medien**

## Frühjahrsempfang

Mittwoch, 14. Mai 2025, 18 bis 21 Uhr  
Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer-Str. 58



🍷🍷 Es gibt eine Kartoffelsuppe, vegan oder mit Fleisch sowie Getränke.

🎧🎸 Nora Beisel unterhält uns mit Gesang und Akustikgitarre.

📅📞 Um planen zu können: Zusagen bitte an [dielinke@stadt-koeln.de](mailto:dielinke@stadt-koeln.de) oder 0221/221-27840

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzjabbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Rathaus, Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln  
Tel. 221-278 40, E-Mail: [dielinke@stadt-koeln.de](mailto:dielinke@stadt-koeln.de)  
V.i.S.d.P. Michael Weisenstein

## Die Linke wählt ihre Kandidat\*innen zur Kommunalwahl in Köln

Am 14. September wird in Köln ein neuer Stadtrat gewählt. Die Linke hat am Wochenende vom 29./30. April ihr Kommunalwahlprogramm beschlossen, einen OB-Kandidaten und ihre Kandidat\*innen für die Ratsreserveliste aufgestellt.

Die Tagungsorte waren ebenso breit gefächert wie die Kandidat\*innenliste. Am ersten Tag trafen wir uns mitten im urbanen Ehrenfeld, am Sonntag tagten wir im eher ländlich geprägten Porz.

Wir wollen die Interessen einer breiten Mehrheit vertreten und so entstammen die Kandidaten und Kandidatinnen auch allen Bevölkerungsschichten. Die entscheidenden ersten 16 Plätze haben je 8 Männer und Frauen inne. Es gibt junge und alte Kandidat\*innen.

Drei Listenplätze gingen an Mitglieder der Linksjugend. Das repräsentiert den gewaltigen Mitgliederzuwachs, den die Partei seit einigen Monaten verzeichnet. Zu einem guten Teil kommen junge Frauen zu uns.

Auf der Liste finden sich Menschen mit Migrationshintergrund genauso wie Menschen, deren Familie seit Generationen in Deutschland lebt. Es gibt Menschen aus technischen und Gesundheitsberufen, Lehrer\*innen und Planer\*innen, Renter\*innen sowie Student\*innen. Auf der Liste vertreten sind auch Nicht-Parteimitglieder, die sich in Gewerkschaften und in Bewegungen engagieren und daher gut qualifiziert sind, um Linke Politik zu vertreten.

Mit Heiner Kockerbeck wurde das Ratsmitglied zum OB-Kandidaten gekürt, das in der neuen Legislaturperiode am meisten Erfahrung mitbringen wird. Der 60-jährige Gesamtschullehrer im Schuldienst gehört dem Rat der Stadt Köln seit 2014 an. Er setzt sich u.a. für soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem, für mehr bezahlbaren Wohnraum und eine spürbare Verbesserung des ÖPNV ein. Köln soll sozialer und gerechter werden.

Nach Heiner Kockerbeck, auf Platz 2, kandidiert Isabel Gerken. Die 30-jährige Deutsch-Portugiesin studierte Islamwissenschaften und Afrikanistik an der Universität Köln und absolviert derzeit ihren Master in Afrikanischen Sprachen und Kulturen. Einige werden sie auch als stets hilfsbereite und engagierte Mitarbeiterin der Fraktion kennen.

Im Kommunalwahlprogramm von 2025 stehen fünf zentrale Forderungen im Mittelpunkt.

- Recht auf Wohnen: bezahlbar und sicher wohnen
- Recht auf Mobilität: zuverlässig, verkehrssicher, barrierefrei und unentgeltlich
- Recht auf gutes Le-

ben in allen Veedeln

- Recht auf gute Gesundheitsversorgung: kommunale Gesundheitszentren und Kliniken
- Recht auf Bildung: gut ausgestattet, solidarisch, inklusiv

Es ist das Ergebnis eines monatelang andauernden Prozesses, an dem sich viele Mitglieder beteiligten. Das sind beste Voraussetzungen dafür, den Schwung und das Engagement in die neue Legislaturperiode mitzunehmen.

Andrea Kostolnik

